

Referentinnen, Referenten und Podiumsteilnehmer

Verena Kuonen

Nach Abschluss der Handelsschule Bern als Kauffrau mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis hat sie sich in der Romandie niedergelassen, um dort ihre berufliche Laufbahn und ihr Familienleben aufzubauen. Als Blinde, Mutter und Grossmutter hat sie sich parallel zu ihrer Arbeit als Hausfrau und Mutter diversen Tätigkeiten in Verbänden und der Politik gewidmet.

Insbesondere war sie Mitglied des Vorstandes Pro Familia Waadt, Gründerin des Verbandes Entraide Seniors Pulliérans (ESP), Präsidentin des Groupement romand des skieurs aveugles et malvoyants (GRSA), Vize-Präsidentin der Westschweizer Kommission des Schweizerischen Blindenverbandes (SBV) sowie während mehrerer Jahre Präsidentin einer politischen Fraktion im Gemeinderat Pully. Derzeit amtiert sie als Vize-Präsidentin von Mobility International Swiss mit Sitz in Olten sowie als Gemeinderätin. Seit 2014 amtierte sie als Vize-Präsidentin für Inclusion Handicap und für 2019 - 2020 wurde Sie jüngst zur Präsidentin des Schweizerischen Dachverbandes der Behindertenorganisationen gewählt.

Caroline Hess-Klein

Frau Dr. Caroline Hess-Klein studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Lausanne und Bern. Sie arbeitete bis im Jahr 2002 als Assistentin am Institut für öffentliches Recht der Universität Bern, wo sie im Jahr 2001 mit einer Arbeit zum verfassungsrechtlichen Verbot der Diskriminierung wegen einer Behinderung promovierte. Von 2004-2014 leitete sie die für Fragen im Zusammenhang mit dem Behindertengleichstellungsrecht spezialisierte Fachstelle Égalité Handicap. Seit 2015 leitet sie die Abteilung Gleichstellung der Dachorganisation Inclusion Handicap. Als Vertreterin von Behindertenorganisationen setzte sie sich u. a. für das BehiG und die Ratifikation der UNO-BRK ein. Sie ist Lehrbeauftragte an der Juristischen Fakultät der Universität Basel und publiziert breit zum Thema der Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Markus Schefer

Prof. Dr. iur. Markus Schefer ist seit 2001 Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Basel. Seine Schwerpunkte in der Wissenschaft liegen in den Grundrechten, dem Vergleichenden Verfassungsrecht und dem Behindertengleichstellungsrecht. In praktischer Hinsicht beschäftigt er sich insbesondere mit Fragen der Diskriminierung von Menschen mit Behinderung, der freien Äusserung von Meinungen, dem Schutz der Privatsphäre und der Aufsicht über den Staatsschutz. Seit 1. Januar 2019 ist er Mitglied des UNO-Ausschusses über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Referentinnen, Referenten und Podiumsteilnehmer

Tina Minkowitz

Tina Minkowitz ist Anwältin und durchlebte eigene Erfahrungen mit der Psychiatrie. Sie hat massgeblich an der Ausarbeitung der Behindertenrechtskonvention mitgewirkt, insbesondere an den Artikeln 12 und 14. Sie hat im Rahmen dieser Arbeit das World Network of Users and Survivors of Psychiatry vertreten und anschliessend das Center for the Human Rights of Users and Survivors of Psychiatry (CHRUSP) gegründet, eine unabhängige Nichtregierungsorganisation, welcher sie weiterhin als Präsidentin vorsitzt. CHRUSP engagiert sich mit Tätigkeiten im Bereich der Interessensvertretung und dem Aufbau von Kapazitäten auf globaler, regionaler und nationaler Ebene und kooperiert mit anderen Organisationen für Menschen mit Behinderungen und Aktivisten in zahlreichen Ländern. Weitere Informationen dazu sind unter www.chrusp.org, ihr Blog unter <https://www.madinamerica.com/author/tminkowitz/>, und weitere Veröffentlichungen unter <https://uio.academia.edu/TinaMinkowitz> abrufbar.

Walter Boente

Prof. Dr. iur. Walter Boente ist Assistenzprofessor für Privatrecht, Schwerpunkt ZGB, an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Zugleich ist er Gastprofessor an der Université de Bordeaux und Lehrbeauftragter an der Université de Lausanne. Vor seiner Tätigkeit in Zürich war er an unterschiedlichen Universitäten tätig (München, Basel, Fribourg, Lausanne). Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind die Rechtstheorie sowie das nationale und internationale Familien- und Erbrecht. Er ist Autor verschiedener Veröffentlichungen zum Erwachsenenschutzrecht und Mitglied internationaler Arbeitskreise zu Reformfragen des Erwachsenenschutzes.

Alberto Vásquez

Alberto Vasquez arbeitet als Forschungskordinator im Stab des UNO-Sonderberichterstatters zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen. Er ist Peruanischer Anwalt und besitzt einen LL.M in Behindertenrecht von der Nationalen Universität von Irland, Galway. Er arbeitete bei der Peruanischen Ombudsstelle und war im Peruanischen Kongress sowie bei verschiedenen UNO-Behörden als Berater zu behindertenrechtlichen Themen tätig. Als Präsident der Peruanischen NGO Society and Disability – SODIS wirkte er bei der Überprüfung der Gesetzgebung betreffend die Rechtsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen durch einen Spezialausschuss des Peruanischen Kongresses mit und war aktiv an der Erarbeitung und Verteidigung dieser Gesetzesreform beteiligt.

Stefan Hütten

Stefan Hütten leitet seit 2012 das kantonale Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote. Gemeinsam mit Christa Sonderegger prägte er die Reform der Behindertenhilfe im Kanton Basel-Landschaft. Mit dem seit 2017 geltenden Gesetz über die Behindertenhilfe haben Personen mit Behinderung Rechtsansprüche. Das Gesetz soll Personen mit Behinderung die Wahl der Leistungserbringenden sowie der Form der Leistungserbringung ermöglichen. Daneben wirkte Stefan Hütten bis 2012 im Spruchkörper der Kantonalen Vormundschaftskommission und ist Mitglied der Kantonalen Kommission Ergänzungsleistungen.

Referentinnen, Referenten und Podiumsteilnehmer

Christa Sonderegger

Die Juristin Christa Sonderegger leitet seit 2009 den Stab Recht der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft. Zuvor war Christa Sonderegger Leiterin des Ressorts Chancengleichheit an der Universität Basel. Gemeinsam mit Stefan Hütten prägte sie die Reform der Behindertenhilfe im Kanton Basel-Landschaft. Mit dem seit 2017 geltenden Gesetz über die Behindertenhilfe haben Personen mit Behinderung Rechtsansprüche. Das Gesetz soll Personen mit Behinderung die Wahl der Leistungserbringenden sowie der Form der Leistungserbringung ermöglichen.

Bernhard Krauss

Herr Bernhard Krauss ist seit April 2019 Leiter der Koordinationsstelle Behindertenrechte beim Kanton Zürich. Sein erstes Wirkungsfeld umfasst den Aufbau der Koordinationsarbeit innerhalb der kantonalen Verwaltung, mit den Gemeinden und der Zivilgesellschaft zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. In vielfältigen Kooperationskonstellationen gilt es einen kantonalen Entwicklungs- und Massnahmenplan zu erarbeiten.

Nach seinem Studium der Sozialarbeit in Heidelberg, arbeitete er in der AIDS-Prävention, Suchtberatung und Gesundheitsförderung. Seit 2000 lebt er in der Schweiz. Er war bei Pro Infirmis Zürich, bei Agogis und in der Stiftung Werkheim Uster tätig. Als selbstständiger Organisationsberater hat er das Projekt Umsetzung der UN-BRK im Auftrag der nationalen Verbände INSOS, CURAVIVA und vahs geleitet und die Erarbeitung von Aktionsplänen begleitet.

Marianne Rybi-Berweger

Marianne Rybi-Berweger, MSc Soziale Arbeit, leitet seit November 2015 die Dachorganisation Behindertenkonferenz Kanton Zürich (BKZ). In ihrer Funktion vertritt sie die Interessen von Menschen mit Behinderung. Weiter trägt sie durch die Koordination von politischen Projekten und durch die Vernetzung mit verschiedenen Anspruchsgruppen zur tatsächlich Verbesserung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung - insbesondere in den Bereichen Bau und Mobilität - im Kanton Zürich bei. Zuvor war Marianne Rybi-Berweger als Primarlehrerin, als Fachperson Betreuung in der Alltagsgestaltung von Menschen mit geistiger Behinderung und als politische Sekretärin bei der SP tätig.

Andreas Rieder

Dr. iur. Andreas Rieder schloss sein Studium der Rechtswissenschaften im Jahr 1996 an der Universität Bern ab, wo er zunächst als Assistent tätig war und im Jahr 2002 mit einer Arbeit zur mittelbaren Diskriminierung promovierte. Anschliessend arbeitete er als Oberassistent am Institut für Europarecht der Universität Freiburg i. Ue. Seit dem Jahr 2004 leitet er das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB).

Referentinnen, Referenten und Podiumsteilnehmer

Islam Alijaj

2008 absolvierte Islam Alijaj die kaufmännische Ausbildung. In den Abschlussgesprächen mit dem Lehrbetrieb und der IV wurden für ihn finanzielle Fehlanreize für Institutionen innerhalb des Behindertenwesens deutlich. Diese Erfahrung initiierte sein politisches Engagement. Fortan befasste er sich im Selbststudium mit den Mechanismen und Geldflüssen innerhalb des Behindertenwesens und des Sozialsystems. Er war Vorstandsmitglied des Zentrums für Selbstbestimmtes Leben in Zürich, Mitgründer und Präsident der Newsplattform Selbstbestimmung.ch und ist seit 2016 politisch in der Sozialdemokratischen Partei aktiv. Dort setzt er sich insbesondere für grundlegende Rahmenbedingungen für Politikerinnen und Politiker mit Behinderung innerhalb von Parteien ein. Er kandidiert dieses Jahr für den Nationalrat. Mit den Vereinen «Tatkraft - die Personenbotschafter» und «CléA» möchte Islam Alijaj mit seinen zahlreichen Mitstreiterinnen und Mitstreitern die Selbstvertretung und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung mit viel Innovationskraft nachhaltig stärken.

Yvo Biderbost

Dr. iur. Yvo Biderbost war nach dem Studium Assistent am Lehrstuhl für Privatrecht (ZGB) von Prof. Bernhard Schnyder und verfasste eine Dissertation im Bereich des Kindesschutzrechts. In seiner Funktion als Assistent führte er seit der ersten Sitzung 1993 bis 1995 das Protokoll der Expertengruppe des Bundes zur Revision des Vormundschaftsrechts. Er leitet seit 2005 den Rechtsdienst der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (bis 2012: Vormundschaftsbehörde) der Stadt Zürich und ist ausserdem Lehrbeauftragter an verschiedenen Fachhochschulen sowie an den Universitäten Luzern, Fribourg und Zürich. Zudem ist er Mitglied des Arbeitsausschusses der KOKES (Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz) und Mitglied des Redaktionsrates der ZKE (Zeitschrift für Kindes und Erwachsenenschutz). Er publiziert regelmässig auf dem Gebiet des Familienrechts, vornehmlich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts, und ist regelmässiger Referent an Fachseminaren und in Expertengremien.